

Ausschuss für öffentliche Verantwortung

Der Ausschuss tagte bisher 4-5 mal jährlich (darunter eine zweitägige Klausur im Herbst). Allerdings zeigt sich, dass die im Ausschuss verhandelten Themen stark durch politische Veränderungen geprägt sind. Aufgrund der Polykrise und einer deutlich polarisierten und emotionalisierten gesellschaftlichen Stimmung, die sich in einem steten Wandel befindet, wollen wir ab dem kommenden Jahr die Sitzungsfrequenz erhöhen. Dies ist durch die digitalen Möglichkeiten seit der Corona-Pandemie auch recht leicht möglich.

So treffen wir uns – je nach Situation – abwechselnd in digitaler bzw. hybrider und präsentischer Form. Das Format ist dabei davon abhängig, ob wir längere (auch durchaus produktiv-kontroverse) Debatten führen oder einfach Themen festlegen und Entscheidungen fällen. Letzteres ist oftmals digital möglich, für eine gute Debattenkultur ist dagegen das präsentische Format unerlässlich.

Thematisch beschäftigten uns in den vergangenen drei Jahren fortlaufend zwei Themen:

- die umfassenden Beschlüsse zur Treibhausgasneutralität bis 2035
- die Situation Geflüchteter an den EU-Außengrenzen

Seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine kommt das Thema „Friedensethik“ hinzu.

Im Blick auf die Treibhausgasneutralität ist es uns als Ausschuss wichtig, den groß angelegten Prozess der Landeskirche konstruktiv zu begleiten.

Bezüglich der Situation Geflüchteter ist uns der jährliche, von Rafael Nikodemus und der entsprechenden AG erarbeitete Bericht zur Situation (nicht nur an den Außengrenzen der EU, sondern auch in Deutschland!) wichtig.

In Sachen „Friedensethik“ haben wir durch einen Impuls auf der vergangenen Landessynode das Bewusstsein für eine Ethik geschärft, die bewusst Dilemmata ernst- und aufnimmt. Außerdem fand in der Vorbereitung dazu eine große Zoom-Konferenz mit Fachleuten aus unterschiedlichen Professionen und Richtungen statt, welche die Meinungsbildung in der Synode befördern sollte.

Über die hier genannten Themen hinaus beschäftigt uns gerade folgendes:

- Energiekrise und Armut in Deutschland
- Gesellschaftlicher Zusammenhalt und erstarkender Extremismus
- Rechtsextremismus und Kirche
- Klimakrise und Gemeindeentwicklung
- Assistierter Suizid (hierzu fand ebenfalls eine große Zoom-Veranstaltung zur Meinungsbildung innerhalb der EKIR in Kooperation mit der Evangelischen Akademie statt)
- Eventuelle Neuregelung § 218 und Schwangerschaftsabbruch (in Vorbereitung)

Um die Schlagfertigkeit und die Aktualität in der Arbeit des Ausschusses erhalten zu können, hat sich der Ausschuss 2023 dazu entschieden, kleine, dauerhaft bestehende Arbeitsgruppen ins Leben zu rufen (z.T. in Kooperation mit anderen

Ausschüssen), die fachkundig folgende übergreifende Themenfelder bearbeiten sollen:

- Bioethik (gem. mit Theol. Ausschuss)
- Friedensethik (gem. mit Theol. Ausschuss)
- Migration (schon länger existierend; s. oben)
- Soziale Fragen (identisch mit FG Sozialethik)

Eine entsprechende AG für das Thema „Digitalisierung und KI“ ist angedacht (evtl. in Kooperation mit dem AEB).

Diese AGs können sich nach Bedarf schnell organisieren.

Wir sind sehr dankbar, dass nach der sehr zuverlässigen und stets freundlichen Begleitung durch Kirsten Troost-Ashour, der ich auch persönlich für ihr Engagement danke, unser Ausschuss durch Simone Moder-Mayr kompetent begleitet und unterstützt wird. Auch ihr sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

Die Zusammenarbeit mit Dr. Frank Vogelsang als zuständigem Dezernenten bringt den Ausschuss immer wieder weiter: Seine Sachkompetenz und Freude an einer konstruktiven Diskussionskultur innerhalb unserer Kirche schätze ich persönlich überaus. Auch dafür vielen Dank!

Danken möchte ich ebenfalls meiner Stellvertreterin Susanne Degenhardt, die mich immer wieder einmal (gerade auch während der intensiven Verhandlungen über die Treibhausgasneutralität im vergangenen Jahr) kompetent vertreten hat.

Überhaupt nehme ich die Debatte im Ausschuss als konstruktiv wahr. Unsere Kirche befindet sich in einem tiefgreifenden Wandel, auch ihre Wahrnehmung in der Öffentlichkeit verändert sich. Ich bin aber überzeugt, dass sich der Ausschuss für öffentliche Verantwortung diesen Veränderungen konstruktiv stellt.

Markus Risch, Vorsitzender